

29/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

37. Bundesparteitag in Bremen

Helmut Kohl: Wir haben eine gute Chance, die Wahlen 1990 zu gewinnen

Wir haben in Bremen über unseren Kurs gesprochen. Es kann bei niemandem einen Zweifel geben — weder bei den Delegierten noch bei unseren Zuschauern oder unseren Begleitern aus den Medien —, daß unser Parteitagsthema „Starke Mitte — gute Zukunft“ das Thema der CDU Deutschlands ist. Das war so, und das bleibt so.

Wir haben über unsere Organisation gesprochen, offen, kritisch, selbstkritisch. Wer die Frage stellt: „Ist die CDU eine diskutierende Partei?“, der sollte auch einmal die Frage stellen: Welche andere Partei

Aus der Schlußrede des Parteivorsitzenden

in Deutschland vermag es, auf einem Bundesparteitag in solcher Weise eigene Probleme zu diskutieren und auch zu einer guten Lösung zu führen? Ich füge hinzu: Wir haben die Defizite angesprochen, doch jetzt lassen sie uns nicht nach Hause gehen und sagen: Es ist alles schön beschlossen und steht in den Akten und Dokumenten des Parteitags — und im übrigen tun wir gar nichts. Was als Defizit angesprochen worden ist, muß als Defizit beseitigt werden.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

● Helmut Kohl:

Durch moderne Parteiarbeit fit für die neunziger Jahre. Rede zum Leitanspruch und der ParteitagbeschlüÙ über die „Moderne Parteiarbeit“ im Wortlaut. Seite 3 bis 26

● Umweltpolitik

Unsere Verantwortung für die Schöpfung. Einführungsrede von Bundesumweltminister Klaus Töpfer und der ParteitagbeschlüÙ im Wortlaut. Grüner Teil

● Ausländerpolitik

Wir wollen ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern. Einführungsrede von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und der ParteitagbeschlüÙ im Wortlaut. Blauer Teil

● Landesparteitag

CDU Saar wählt Klaus Töpfer zu ihrem Spitzenkandidaten. Seite 29

(Fortsetzung von vorheriger Seite)

Wir haben Personalentscheidungen zu treffen gehabt, Wahlen, wie sie gemäß dem Statut unserer Partei alle zwei Jahre stattfinden. Es waren Wahlen, die dieses Mal sehr viel mehr dramatische Akzente hatten als bei früheren Gelegenheiten, auch aus der Sicht der Öffentlichkeit — Wahlen, die im Ergebnis von uns allen respektiert werden.

Ich will hier von mir aus in einem persönlichen Wort an Lothar Späth sagen: Ich bitte ihn auch für die Zukunft um eine gute Zusammenarbeit in einer Weise, die seiner Persönlichkeit gemäß ist und die für unsere Partei insgesamt gut ist.

Wir haben uns über wichtige inhaltliche Fragen unterhalten, und meine Bitte ist — vor allem gegenüber den Repräsentanten der Medien —, daß ungeachtet der Personalfragen und -diskussionen vor allem auch diese Themen herausgestellt werden.

Zum Thema „Umweltschutz“ — „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ — und zum Thema „Ausländer- und Asylpolitik“ haben wir sehr wichtige Beschlüsse gefaßt. Ich glaube, beide Themen haben in der Interpretation, die wir gegeben haben, deutlich gemacht, daß heute mehr denn je die Politik des Tages wie die Politik für die Welt von morgen von unseren grundlegenden Prinzipien ausgehen muß: von dem, was das „C“ für uns verpflichtend macht, dem christlichen Menschenbild.

Zu unserer Verantwortung für die nächste Generation gehört auch, daß in der Bundesrepublik Deutschland nie mehr eine Ideologie die Macht ergreifen darf, die Ausländerfeindlichkeit auf ihre Fahnen schreibt — die dem Menschen, dem Nächsten, dem Nachbarn seine Würde abspricht. Daran haben wir uns in den vergangenen vierzig Jahren gehalten.

Dies ist die Mahnung nicht zuletzt jenes 1. September 1939, dessen 50. Wiederkehr wir — gemeinsam mit vielen anderen Menschen und Völkern — vor kurzem gedachten. Wir sind und bleiben weltoffen.

Wir sind und bleiben die Partei, die fähig und willens ist, aus der Geschichte zu lernen und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Mit einem Wort — bei allem, was quirlig, lebendig, unruhig, um es einmal freundlich auszudrücken, auf diesem Parteitag war: Dieser Parteitag hat die ganze lebendige Kraft der Christlich Demokratischen Union Deutschlands bewiesen: einer Partei, die auf eine große Geschichte verweisen kann, die sich aber auf dieser Geschichte nicht ausruht, sondern nach vorne schaut, und das bedeutet, daß wir zusammen um die Mehrheit bei den kommenden wichtigen Wahlen kämpfen müssen, insbesondere bei der Bundestagswahl Ende 1990.

Es gibt viele Indizien dafür, daß wir nicht nur eine gute Chance haben, sondern daß wir diese Wahl gewinnen werden, wenn wir es gemeinsam wollen.

Ich bin sicher: Wir alle wollen dies. Wir alle wissen, welche Verantwortung uns angesichts der Alternativen auferlegt ist, die sich in der Bundesrepublik Deutschland für die nächsten Jahre abzeichnen.

Liebe Freunde, ganz einfach herzlichen Dank für Ihr Mittun. Meine Bitte an Sie alle ist: Tragen wir das, was wir hier erarbeitet haben, hinaus, sprechen wir mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern darüber, daß hier die Kraft der Mitte einmal mehr bewiesen hat, daß sie Zukunft verkörpert.

Helmut Kohl: Durch moderne Parteiarbeit fit für die neunziger Jahre

Ich möchte zu Beginn daran erinnern, daß wir auf dem letzten Bundesparteitag in Wiesbaden gemeinsam beschlossen haben, eine Kommission einzusetzen, deren Arbeitsergebnis Ihnen heute — etwas verändert und weiterentwickelt durch die Beratung in den Führungsgremien der Partei — als Leitantrag „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“ vorliegt.

Ich will nur kurz zur Einführung dieses Leitantrages sprechen und beziehe mich ausdrücklich auf meine Ausführungen dazu auf dem Wiesbadener Parteitag. Es war ja mein Vorschlag, eine Kommission zur Vorbereitung des Leitantrages einzusetzen. Aus gutem Grund habe ich auch selbst den Vorsitz in dieser Kommission übernommen. Es war eine Kommission, in der hervorragende Damen und Herren mitgewirkt haben, die haupt- und ehrenamtlich in der praktischen Parteiarbeit auf allen Ebenen tätig sind. Wir haben weit über 30 Stunden zusammengearbeitet — zuzüglich der Zeit, während der in Unterkommissionen gearbeitet wurde. Ich will von hier aus all denen danken, die dabei mitgemacht haben. Sie haben einen wesentlichen Beitrag für die zukünftige Entwicklung unserer Partei geleistet.

Der Gedanke, den wir unserer Arbeit zugrunde gelegt hatten — und das hat sich auch als ganz richtig erwiesen — war und ist: Wie können wir angesichts einer veränderten Gesellschaft, angesichts veränderter Rahmenbedingungen die Partei an der Schwelle zu den neunziger Jahren für die Zukunft fit machen?

Heiner Geißler hat ja in seinem Bericht gestern ein paar ganz interessante Bilder aus seiner Lebenserfahrung aufgezeigt. Es war ein sehr eindrucksvolles Bild dabei, das vielen im Saal — ich konnte ja die Gesichter beobachten —, die aus der gleichen Generation kommen, sofort vor Augen stand. Ich meine die Schilderung der Begebenheit, wie damals der Dekanatsjugendführer Erwin Teufel aufgerufen hat, die Junge Union im dortigen Bereich zu gründen und auszubauen. Vielen hier im Saal stand die Frage ins Gesicht geschrieben: Und wie ist das heute? An diesem einen Beispiel kann

Zur Einführung des Leitantrags

man gut erkennen, daß sich die Dinge in den letzten Jahrzehnten völlig verändert haben.

Die Frage ist, ob meine Partei, wie sie sich täglich darstellt — und damit meine ich alle Ebenen — diesen veränderten Anforderungen noch gerecht wird. Wenn wir fair sein und offen sprechen wollen, müssen wir sagen: Diese Frage muß verneint werden.

Ich will jetzt nur drei große Defizite unserer Parteiarbeit noch einmal ansprechen — nicht weil ich glaube, bei jeder Gelegenheit darüber reden zu müssen, sondern weil ich überzeugt bin, daß wir, wenn wir gerade bei diesen drei Defiziten nicht Abhilfe schaffen, vieles von dem, was wir uns für die Zukunft vorgenommen haben, nicht werden durchsetzen können.

Frauen

Ich habe schon gestern in meinem Rechenschaftsbericht darauf hingewiesen, daß 52 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland Frauen sind, aber nur 22 % unserer Mitgliedschaft. Die Zahlen sprechen für sich. Es ist wahr: In den letzten Jahren ist einiges geschehen, aber insgesamt gesehen ist die CDU Deutschlands in der Frage, wie Frauen bei unseren Führungspositionen vertreten sind, leider ziemlich repräsentativ für die deutsche Gesellschaft.

Ich sage das nicht ohne Grund, weil wir in vielen Bereichen, auch in manchen staatlichen Stellen dafür Mitverantwortung tragen. Das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes ist nun über 40 Jahre alt. Es ist für mich eine bedrückende Beobachtung — das trifft uns auch; ich war selbst lange Ministerpräsident und stand einer Landesregierung vor, wenn ich etwa feststelle, daß bei der Berufung ordentlicher Professoren an deutschen Universitäten — trotz der Ausweitung der Zahl der ordentlichen Lehrstühle in den letzten 20 Jahren — die Zahl weiblicher Professoren in der Relation zurückgegangen ist. Die Ausreden, die etwa zu meiner Amtszeit — vor 20 Jahren — gemacht wurden — es gebe viel zu wenige Frauen, die dieses oder jenes Fach studiert hätten — greifen heute überhaupt nicht mehr. In vielen Fakultäten, für die meine Kritik zutrifft, gibt es beim wissenschaftlichen Nachwuchs seit vielen Jahren ein Zahlenverhältnis zwischen Männern und Frauen von nahezu 50:50. Es ist doch offensichtlich, daß es hier erhebliche Hemmungen gibt, Frauen — bei gleicher Qualifikation — auch in solche wichtigen Funktionen zu bringen.

Das, was ich hier für die Universitäten konstatiere — sie haben eine gewisse Vorbildfunktion —,

konstatiere ich in noch gravierenderer Form für die Führungsetagen der deutschen Wirtschaft. Wenn Sie einmal dort hinschauen, werden Sie noch viel negativere Zahlen und Beispiele finden.

Ich sage das nicht zu unserer Entschuldigung, denn es gibt da keine Entschuldigung. Ich sage nur: Es gibt diese Defizite, und sie sind nach meiner festen Überzeugung nicht über eine Quote zu beseitigen. Statt dessen muß bei uns ein Umdenken stattfinden. Umdenken heißt, daß wir in allen Bereichen unserer Gesellschaft das Recht der Frauen auf Wahlfreiheit respektieren. Das heißt: Ob eine Frau berufstätig ist oder nicht, ist ihre ganz persönliche Entscheidung. Das muß sie mit sich selbst, auch mit ihrem Mann, mit ihrer Familie ausmachen.

Es darf bei uns auch nicht die Situation eintreten, daß eine der denkbaren Entscheidungen als geringerwertig betrachtet wird. Ich denke zum Beispiel auch an den dümmlichen Begriff von der „Nur-Hausfrau“. Das ist ein abwegiger und törichter Begriff.

Aber wenn wir dieses Recht auf Wahlfreiheit selbstverständlich anerkennen und verteidigen, dann muß das auch heißen, daß die Frauen die gleichen Chancen bekommen müssen wie Männer und daß bei der Vergabe von Mandaten — wenn ich jetzt „Mandate“ sage, dann meine ich alle Mandate; auch Parteiämter — eine Frau nicht viel besser sein muß als ihr männlicher Konkurrent, um erfolgreich zu sein.

Wenn Sie die Zahlen betrachten, dann sehen Sie, daß noch viel zu tun bleibt. Ich finde — das sage ich sehr prononciert —, das kann man nicht mit einem Parteitagbeschuß abmachen, denn die notwendigen Beschlüsse haben wir ja alle schon längst gefaßt. Das ist vielmehr auch eine

Führungsaufgabe der jeweiligen Verantwortlichen auf allen Ebenen. So wie ich mich als Bundesparteivorsitzender immer wieder für die Kandidatur von Frauen schlage, so erwarte ich das von allen Landesvorsitzenden — und das darf sich nicht nur auf ein verbales Bekenntnis beschränken. Ich erwarte es aber auch von den Bezirks- und Kreisvorsitzenden bis hinunter zu den Vorsitzenden der Ortsverbände.

Ich habe Beispiele genannt. Es ist nicht in Ordnung, wenn in vielen Ortsverbänden überhaupt kein weibliches Mitglied zu finden ist. Hier ist eine Closed-shop-Mentalität unübersehbar, und da muß man etwas dagegen tun.

Jugend

Ich spreche das zweite Thema an: die Altersstruktur in unserer Partei. Auch für dieses Problem lassen sich viele Gründe anführen, aber es nützt uns sehr wenig, nur darüber zu sprechen. Nur 7 % der CDU-Mitglieder sind unter 30 Jahre. Es gibt nicht wenige Ortsverbände, die überhaupt kein Mitglied unter 25 Jahren haben.

Wir brauchen nicht darüber zu klagen, wie unsere Situation bei Jungwählern ist, wenn wir darüber praktisch überhaupt keine Ansprechpartner in den eigenen Organisationsbereichen haben. Das heißt, wir müssen fähig sein, auf die Situation junger Leute einzugehen. Das heißt vor allem auch: Wir müssen uns darauf einstellen, daß sich der heute 18-, 19- oder 20-jährige in seinen Umgangsformen — und in vielem anderen — von dem unterscheidet, was unser Verhalten im gleichen Alter prägte. Ich habe nicht vergessen, daß ich als 20-jähriger auf CDU-Veranstaltungen immer wieder auffiel, weil ich anders war als die damals aus der Weimarer Republik kommende ältere Generation.

Im übrigen haben die meisten von uns doch die persönliche Erfahrung im Umgang mit den eigenen Kindern. Ich warne davor, abweichende Auffassungen einfach zu ignorieren, weil sie althergebrachten Vorstellungen — auch bei uns in der Partei — vielleicht nicht entsprechen. Gerade jungen Leuten gegenüber muß beides möglich sein: Toleranz und Offenheit auf der einen, Inanspruchnahme von Autorität auf der anderen Seite.

Das ist eine Schicksalsfrage für die Partei. Ich glaube nicht, daß das Problem in unserer Programmatik liegt. Wenn ich bestimmte Wahlstatistiken aus jüngerer Vergangenheit beobachte — auch im Blick auf neu aufkommende politische Gruppierungen —, dann stellt sich mir sehr wohl die Frage, ob es auf unserer Seite Probleme damit gibt, sich jungen Leuten verständlich zu machen. Das heißt im Klartext, daß wir die Arbeit der Jungen Union unterstützen müssen.

Wir müssen uns schon die Frage stellen — sie stellt sich mir sehr oft, weil ich fast jede Woche, trotz aller zeitlichen Anpassung, Diskussionen mit Schülern führe —, ob die Selbstdarstellung der Jungen Union den Bedürfnissen der Generation, die jetzt nachrückt, auch tatsächlich entspricht.

Zwischen einem 18-jährigen und einem 35-jährigen kann die Kluft durchaus größer sein als zwischen dem 18-jährigen und mir. Ich bin für ihn ein Opa. Der andere ist ein echter Konkurrent.

Ich habe eine weitere Anmerkung, die manche in der Jungen Union nicht gerne hören. Wenn ich beim Deutschlandtag der Jungen Union in die Reihen schaue, gefällt mir nicht, daß die Zahl der Frauen dort wesentlich geringer ist als etwa die

Zahl der Frauen hier auf dem Bundesparteitag.

Es muß Schluß sein mit dem, was ich immer noch — oder jetzt wieder — beobachte: In einer der ersten Mustersatzungen nach dem Kriege hieß es: Der Kreisvorstand — so hieß es bei uns in Rheinland-Pfalz — besteht aus einer gewissen Zahl von Mitgliedern, darunter wenigstens ein Mitglied der Jungen Union und eine Frau.

Das heißt im Klartext: ein Junger und eine Frau dienen als Alibi. Ich spreche sehr praktische Dinge an, die vor allem manche Journalisten hier verwundern werden. Aber Parteivorsitzender sein — das habe ich Ihnen gestern gesagt — bedeutet für mich nicht, über den Wolken zu schweben, sondern mitten in der Partei zu leben und zu arbeiten.

Deswegen bitte ich Sie sehr darum, daß Sie die Bedeutung der jungen Leute und der Frauen bei der Kandidatenaufstellung nicht nur symbolisch, sondern effektiv zum Ausdruck bringen. Es ist für mich inakzeptabel — ich nenne ein drastisches Beispiel —, wenn in der jetzigen Bundestagsfraktion der jüngste Abgeordnete 37 Jahre alt ist. Das heißt, er war am Wahltag 35 Jahre alt. Wir waren auf diesem Feld schon einmal sehr viel weiter.

Wir haben in diesen Tagen bei der Totenehrung an Heinrich Krone gedacht. Wir haben in diesen Tagen erlebt, daß der Sohn von Ernst Lemmer hier präsidiert hat. Das sind alles große Namen aus unserer Parteigeschichte. Das waren Männer, die schon als 20- bis 30jährige Mitglied des Reichstags waren. Was damals möglich war, muß auch heute möglich sein.

Wenn ich für eine solche Entwicklung plädiere, setze ich mich nicht dafür ein, daß jemand unmittelbar nach der Volljäh-

rigkeit ohne jede Berufsausbildung ins Parlament einzieht. Ich möchte da nicht falsch verstanden werden.

Aber bei gutem Willen — und bei ernsthafter Suche finden Sie sehr wohl Möglichkeiten. Mein Ehrgeiz ist es, in der kommenden Bundestagsfraktion sowohl mehr Frauen als auch mehr junge Leute zu haben. Ich bitte Sie dafür um Ihre besondere Unterstützung.

Betriebe

Ein drittes Feld, das ich ansprechen will, ist die Präsenz der CDU mit all dem, was sie anzubieten hat, in der Welt des Betriebes. Trotz aller Entwicklung zur Freizeitgesellschaft — das gilt insbesondere für die großen Unternehmen in der Bundesrepublik mit ihren vielen Arbeitnehmern — ist der normale Arbeitnehmer an kaum einem anderen Platz einer solchen politischen Einflußnahme oder gar Indoktrination ausgesetzt wie am Arbeitsplatz. Dem etwas entgegensetzen — das können die Sozialausschüsse alleine nicht leisten; wir müssen sie dabei unterstützen.

Das ist für die Volkspartei CDU wichtig — gerade auch im Blick auf die Wahlen. Heiner Geißler hat auch dieses Thema gestern angesprochen. Im Zusammenhang mit den Wahlchancen für die Zukunft hat er gesagt, daß eine unserer Chancen in der Facharbeiterschaft liegt. Die Facharbeiterschaft, die einen gut entwickelten Sinn für solche Dinge hat, weiß am Vorabend des Europäischen Binnenmarktes sehr wohl, daß ein rot-grünes Experiment für ihren Arbeitsplatz unmitteibar nachteilige Konsequenzen hat. Wir müssen uns an diese Wähler wenden. Das können wir natürlich an deren Wohnort

tun. Aber wir müssen gleichzeitig sehen, in welchem Umfang gerade diese Gruppe von Arbeitnehmern von morgens bis abends am Arbeitsplatz politischen Einflüssen ausgesetzt ist. Deswegen plädiere ich nachdrücklich dafür, daß wir auch auf der Ebene der Kreisverbände — das wird je nach der soziologischen Struktur des Kreises unterschiedlich sein — alles tun, um die Sozialausschüsse in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Ich sehe einen ganz wichtigen Auftrag der Sozialausschüsse übrigens auch in einem anderen Punkt — ganz in der Tradition dieser Ausschüsse. In dieser Debatte ist schon einmal Jakob Kaiser genannt worden. Seit seiner Zeit, seit der Teilung unseres Vaterlandes, sind die Sozialausschüsse jene Vereinigung der Partei, die über ihre eigentliche Aufgabe im sozialen Bereich hinaus die Frage der deutschen Einheit, die Frage des deutschen Patriotismus immer wieder aufgegriffen hat. Aus gutem Grund: weil genau diese Frage speziell in der Arbeiterschaft nie untergegangen ist. Das sind keine Leute, die in einer Schickimicki-Gesinnung vergessen, was unser Vaterland ist.

Gewerkschaften

Das führt zu einem anderen wichtigen Punkt: zu unserem Verhältnis zu den Gewerkschaften. Ich habe oft genug dieses Thema angesprochen. Wir bejahen natürlich die Gewerkschaften: Freie Gewerkschaften sind für eine freie Gesellschaft so notwendig wie die Luft zum Atmen. Wir brauchen Tarifautonomie. Wir wollen — um Gottes willen — keine Veränderung der Dinge dahingehend, daß der Staat in solche Angelegenheiten eingreift. Ich weiß aus den Jahren meiner Verantwortung in Bund und Land, wie verdrießlich es ist, wenn der Staat als Arbeitgeber Tarifverträge abschließt, mit welchen Schwierigkeiten

und auch mit welchen unangenehmen Rückschlägen das verbunden ist. Das geht auf diesem Feld eben nicht anders. Aber wenn wir starke Gewerkschaften bejahen, dann müssen wir natürlich auch versuchen, in diesen Gewerkschaften unsere Einflußchancen stärker wahrzunehmen.

Nun weiß ich auch, wie die Lage ist. Es wird wohl kaum einer hier im Saal sein, der mit weiten Teilen der Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes schlechtere Erfahrungen gemacht hat als ich. Damit muß ich leben. Das gehört zu meinem Amt. Aber es wird nicht besser, wenn wir unsere Leute von dort abziehen oder gar herausdrängen. Es wird auch nicht besser, wenn diejenigen, die dort tätig sind und sich zur CDU bekennen, in der eigenen Partei als „Verräter“ beargwöhnt werden. Ich spreche das ganz offen an. Das ist eine ganz falsche Entwicklung. Ich füge allerdings ebenso klar und entschieden hinzu — weil ich auch dazu Grund habe —, daß ich auch den einen oder anderen ansprechen muß, der in den Gewerkschaften tätig und dort etwas geworden ist, weil er der CDU angehört. Er nimmt eine Alibi-Funktion wahr und vergißt gelegentlich völlig, daß seine Heimat die Christlich Demokratische Union ist.

Nur, das eben Gesagte ist keinesfalls eine Entschuldigung für Abstinenz im Bereich der Gewerkschaften. Deswegen unterstützen Sie bitte unsere Freunde in den Sozialausschüssen, die es natürlich ziemlich schwer haben. Wenn ich an die letzten Monate, an die Zeit der Diskussion um die Gesundheitsreform zurückdenke und mir überlege, was bei mir zu Hause in Ludwigshafen in dem dort beherr-

schenden großen Betrieb, der BASF, gelaufen ist, was unsere Mitglieder im Betriebsrat und unsere bekannten CDU-Leute im Betrieb erleiden und erdulden mußten, dann weiß ich wohl, worüber ich rede. Wir müssen denen helfen, die dies für uns auf sich nehmen.

Kirchen

Vierte Bemerkung! In der Vorlage wird von der Umwelt gesprochen, in der die Partei sich bewegt. Das fängt bei den Kirchen an. An dem Beispiel, von dem Heiner Geißler gestern sprach und das ich soeben zitiert habe, sehen Sie ja die dramatischen Veränderungen, etwa Katholische Jugend damals — Katholische Jugend heute, Kirchentage damals — Kirchentage heute. Dennoch — und ich durfte das mit Ihrer Zustimmung bei Beginn dieses Parteitages tun —, wenn wir sagen, daß das unsere Glaubensheimat ist, dann ist das nicht irgendein Thema.

Wenn wir so gern von Glaubwürdigkeit reden, dann müssen wir auch darüber sprechen, wie wir vor Ort Kontakt halten etwa zu den großen kirchlichen Verbänden; auch wie es um die Kontakte bestellt ist zu den Vereinen, auch zu den anderen, auch zu den spontanen Gruppen, wo bürgerschaftliche Initiativen alter und neuer Form ineinander übergehen. Speziell der Kontakt im kirchlichen Bereich ist für uns — ich verwende bewußt dieses Wort — existentiell. Es steht natürlich außer Frage, daß dies alles auch etwas mit Bürgernähe zu tun hat.

Kandidatenauswahl

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen. Dies betrifft das Thema Auswahlverfah-

ren für Kandidaten. Wir haben viel Grund, der großen Zahl von ehrenamtlichen Mitarbeitern in unserer Partei zu danken. Mich stimmt verdrießlich, daß es in der öffentlichen Diskussion inzwischen zum guten Ton gehört, pauschal die Parteien zu diffamieren und abzuwerten, und daß dabei die ungeheure Arbeitsleistung für die Republik, die ehrenamtlich Tätige in den großen Parteien leisten, völlig untergeht. Man stellt an uns die Erwartung, daß wir für die letzten Dinge menschlicher Existenz befriedigende Antworten anbieten sollen. Man stellt an uns die Anforderung, daß wir gleichsam als ein großes Volksbildungsinstitut tätig sind und alle möglichen Defizite — etwa im Hinblick auf die Geschichtskenntnisse, wo die Schulen oft genug versagt haben — aufarbeiten.

Man hat an die Parteien Erwartungen, denen sie natürlich nicht entsprechen können. Eine Partei ist eine politische Kampfgemeinschaft, ist politische Heimat — um das mit Herz zu sagen. In ihr finden sich Männer und Frauen zusammen, die sich auf eine bestimmte Programmatik verständigt haben und an die Ideale glauben, die sie haben.

Wir sollten uns nicht wie die anderen — wenn Sie Herrn Vogel zu diesem Thema im Bundestag hören, können Sie nur den Kopf schütteln — an der Politik- und Politikerschelte beteiligen. Wir sollten im Gegenteil leidenschaftlich dagegen Front machen. Wir sollten sagen: die vielen tausend ehrenamtlich Tätigen in den Parteien — auch die in den Kommunalparlamenten und anderorts — leisten einen wichtigen Dienst für diese Republik. Ohne diese Parteien wäre unsere Republik so nicht entstanden und geworden. Aber wenn das richtig ist, dann müssen sich die Parteien — und damit wiederum

auch wir — die Frage gefallen lassen etwa im Blick auf die Auswahlprinzipien, die wir bei Führungspersonal walten lassen. Ich sage bewußt „Führungspersonal“, denn das umfaßt die Partei wie auch die öffentliche Repräsentanz im Gemeindepapament, im Landtag oder im Bundestag. Wenn man die Frage, ob unsere Anforderungen hinreichend sind, offen stellt, muß man oft genug negativ antworten.

Wir haben lange in der Kommission diskutiert, ob noch einmal an die besondere Führungsverantwortung erinnert werden soll, die Einzelne, Gremien und Vorstände in unserer Partei gerade in dieser Frage haben. Zweierlei muß bedacht werden: Die Erfahrung von Männern und Frauen, die in der Partei großgeworden sind, die über ganz spezielle Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, die sich aus einer oft jahrzehntelangen Arbeit ergeben, sollte erhalten bleiben. Zum anderen müssen wir aber auch fähig und offen sein, andere aufzunehmen, die auf ihre Weise und auf ihrem Feld bereits Beachtliches geleistet haben. Sie gehören zum Gesamtbild der Union, das sie dann auch nach draußen repräsentieren. Ich wehre mich dagegen, das in einer Betrachtung des „Entweder — oder“ zu sehen. Wir müssen vielmehr mit einem „Sowohl — als auch“ zu vernünftigen Lösungen kommen.

Das ist um so wichtiger, als ich zu meinem Bedauern noch keinen Ausweg sehe, wieder von einer Entwicklung wegzukommen, die durch bestimmte Entscheidungen des Gerichts in Karlsruhe mit veranlaßt wurde. Ich spreche davon, daß bei den Mandaten sich überwiegend die Tendenz zum Berufspapamentarier durchgesetzt hat, und zwar auf Ebenen, wo ich überzeugt bin, daß es so nicht sein müßte. Wir müssen angesichts der Entwicklung, die doch keiner leugnen kann, trotzdem

darum bemüht sein, repräsentative Demokratie auch bei der Auswahl von Kandidaten für Ämter und Mandate zu verwirklichen. Das muß nicht in einer sklavischen Weise geschehen — derart, daß nun jede Gruppe nach einer bestimmten Quote, wie sie dem Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung entspricht, mit Mandaten versehen wird. Aber es müssen sich eben möglichst viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in den Persönlichkeiten, die sie in den Parlamenten repräsentieren, wiederfinden.

Das heißt auch, daß wir es uns nicht leicht machen dürfen. Das reine Abzählen nach der jeweiligen Stärke von Vereinigungen, so, wie die Praxis manchmal eben ist — ich kenne sie so gut wie jeder hier im Saal —, ist allein nicht ausreichend.

Ich habe ein paar Gedanken vorgetragen. Ich bin weit davon entfernt — ich habe seit Jahrzehnten praktische Erfahrungen mit der Parteiorganisation, wie Sie wissen —, zu erwarten, daß von dieser Vorlage nun das Heil der Welt oder das Heil der Partei kommt. Die Vorlage will Anstöße geben, das Nachdenken über die Parteiarbeit zu fördern, und in einigen zentralen Bereichen so schnell wie möglich Konsequenzen ziehen.

Bei den drei Punkten, die ich vor allem genannt habe, kann man schnell etwas verbessern: das ist die Frage der Repräsentanz der Frauen in unserer Partei, die Frage der Repräsentanz und der Ansprache der jungen Generation und die entscheidende Frage der Auseinandersetzung vor Ort in den Betrieben. Wenn wir es wollen, können wir sehr rasch handeln. Meine herzliche Bitte ist, daß wir das gemeinsam tun. ■

Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren

Präambel

I. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands hat als große deutsche Volkspartei in Bund, Ländern und Gemeinden die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland entscheidend geprägt.

Die Mitglieder der CDU haben durch ihr Engagement in der Partei als deren Funktionsträger sowie als Mandatsträger in Gemeinden, Kreisen und Städten, als Abgeordnete in Landtagen, Bürgerschaften und Abgeordnetenhaus, im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament unserem Gemeinwesen gedient. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, daß nach dem Zusammenbruch aller staatlichen Ordnung die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland fest verankert wurde und unser Land in einer beispiellosen Entwicklung zu Wohlstand, sozialer Sicherheit, Frieden und internationalem Ansehen fand.

Als Volkspartei ist die CDU politische Heimat für Männer und Frauen aus allen Gruppen und Schichten unseres Volkes. Sie vereinigt christlich-soziale, liberale und konservative politische Überzeugungen. Als Volkspartei hat die CDU immer eine konsequente Politik der Mitte gestaltet; diesem Erbe ist und bleibt sie verpflichtet.

Politik der Mitte bedeutet, auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes

- Bewährtes zu schützen und zugleich neue Perspektiven politischen Handelns zu entwickeln;
- unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele zu verbinden;
- Belange des Gemeinwohls gegen Gruppeninteressen durchzusetzen;
- eine freie, eigenverantwortliche Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität zu ermöglichen;
- eine wechselseitige, solidarische Verantwortlichkeit zwischen dem einzelnen und der Gemeinschaft einzufordern, die

Der Beschluß im Wortlaut

- gleich weit entfernt ist vom ungebundenen Individualismus und vom Kollektivismus;
- die Durchsetzung des Rechts zu garantieren, welches Freiheit auch für den Schwächeren möglich macht, und die Freiheit nach innen und außen zu schützen;
 - in der Sozialen Marktwirtschaft, die sich dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet weiß, Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung miteinander zu verknüpfen;
 - Verlässlichkeit im westlichen Bündnis mit Dialogbereitschaft mit den Ländern Mittel- und Osteuropas zu verbinden.

Von dieser Grundlage aus folgen wir dem Gebot der Präambel zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die nationale und staatliche Einheit Deutschlands zu wahren und wiederherzustellen sowie als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen;

- Engagement gegen die Verletzung von Menschenrechten, besonders durch linke und rechte Diktaturen, aufzubringen;

- die Probleme der Menschen in den Entwicklungsländern zu sehen und Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Eine geradlinige und zuverlässige Politik der Mitte ist auch in Zukunft Voraussetzung für die Stabilität unserer Demokratie. Die CDU kämpft entschieden dafür, daß das Schicksal unseres Landes nicht von Radikalen — weder rechten noch linken — bestimmt wird. Politischer Extremismus würde die Demokratie und den inneren Frieden zerstören, Wohlstand und soziale Sicherheit gefährden und uns international isolieren.

Die CDU lehnt jede Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit und jede Koalition mit links- und rechtsradikalen Parteien wie z. B. den Kommunisten, den Grünen/Alternative Liste, den Republikanern, den Nationaldemokraten und der Deutschen Volksunion ab.

Dies gilt für die Bundes-, Landes- und Kommunalebene.

Die Landesverbände der CDU werden aufgefordert, die Einhaltung dieses Beschlusses sicherzustellen.

An eine Volkspartei sind hohe Anforderungen gestellt: Sie muß über Integrationskraft, Offenheit, Fähigkeit zur Partnerschaft — auch zwischen Mann und Frau -, Wille zur Solidarität, Bereitschaft zum Kompromiß und über Toleranz gegenüber den Überzeugungen

Andersdenkender verfügen. Von ihr sind politische Tugenden wie Gerechtigkeitssinn, Uneigennützigkeit, Standfestigkeit, Glaubwürdigkeit, Zuverlässigkeit sowie Kraft und Mut auch zu unpopulären Entscheidungen verlangt. Sie ist bürgernah, oder sie ist keine Volkspartei.

An diesen Maßstäben müssen sich sowohl die Politik der CDU als auch deren Funktions- und Mandatsträger messen lassen. Die Programmatik der Partei, der Stil des Auftretens ihrer Vertreter und das Handeln in Regierungsverantwortung oder Opposition können nicht losgelöst voneinander betrachtet werden. Diesem hohen Anspruch hat sich die CDU immer wieder neu zu stellen.

Das vorliegende Programm soll die Parteiarbeit der CDU in den 90er Jahren neu strukturieren, um so eine bürgernahe und moderne Parteiarbeit zu gewährleisten.

Die darin enthaltenen Ansprüche stellen für die Gremien der CDU sowie für ihre Vereinigungen eine Selbstverpflichtung dar, deren fortlaufende Kontrolle zur Verwirklichung der Zielvorgaben unerlässlich ist.

Als Volkspartei ist die CDU in besonderer Weise befähigt, den kulturellen, technologischen, gesellschaftlichen und politischen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland human zu gestalten, Konflikte, Spannungen und Interessengegensätze auszugleichen und zukunftsgerichtete Lösungen zu erarbeiten. Als moderne, sozial aufgeschlossene und bürgernahe Volkspartei der Mitte ist die CDU die Partei der Zukunft.

2. Um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, muß die CDU ständig überprüfen, ob

- die Auswahlverfahren für ihre Repräsentanten in den Vertretungskörperschaften

- die Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft
 - die Formen ihrer Parteiarbeit und
 - die Strukturen ihrer Organisation
- den Bedürfnissen einer Volkspartei entsprechen.

Seit Ende der 60er Jahre, insbesondere aber in den 70er Jahren, hat die CDU Deutschlands eine schlagkräftige Organisation aufgebaut, die bis in die kleinste Gemeinde reicht. Am Beispiel des Aufbaus der Senioren-Union zeigt sich die Fähigkeit der Partei, auf neue gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren.

In den 90er Jahren stellen sich neue Herausforderungen.

Gesellschaftliche Veränderungen sind ebenso aufzugreifen wie ein gewandeltes Politikverständnis; die neuen Möglichkeiten der Massenkommunikation müssen für eine erfolgversprechende Parteiarbeit nutzbar gemacht werden. Insbesondere gilt es, den seit Anfang der 80er Jahre zu beobachtenden Vertrauensschwund der Bürger gegenüber den Parteien zu überwinden.

Insbesondere Frauen, Jugendliche und Arbeitnehmer müssen durch neue Formen der Parteiarbeit besser angesprochen werden.

Fünf Problemfelder sind offenkundig:

- Die Parteien werben zwar ständig um den zu einer umfassenden politischen Beteiligung bereiten Bürger; dem Bürger, der nur problem- oder nur projektbezogen oder nur zeitlich befristet mitarbeiten will, unterbreiten sie nur wenige Angebote zur Mitarbeit.
- Die vielfältigen neuen Möglichkeiten der Kommunikation müssen genutzt werden, um den Bürger wirksamer anzusprechen.

● Die Anliegen der Bürgerschaft werden den parlamentarischen Gremien nicht immer ausreichend vermittelt.

● Die Parteien beschäftigen sich häufig mehr mit sich selbst als mit den Problemen der Menschen; sie vermitteln den Bürgern immer weniger die Inhalte der Politik.

● Die Mitgliederzahlen gehen zurück.

Der 36. Bundesparteitag der CDU in Wiesbaden hat deshalb beschlossen, die Organisationsstrukturen der Partei zu überprüfen und Vorschläge für eine bürgernahe und moderne Parteiarbeit zu entwickeln.

I. Repräsentanz in staatlichen und kommunalen Vertretungskörperschaften

Situationsbeschreibung

3. Das repräsentativ-parlamentarische System in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den 40 Jahren seines Bestehens bewährt. Es ist eine wesentliche Voraussetzung dafür gewesen, die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zu verankern und zu festigen; das repräsentative parlamentarische System ermöglicht Fortschritt und Entwicklung und bewahrt gleichzeitig die Stabilität der politischen Ordnung. Die CDU als größte deutsche Volkspartei trägt eine besondere Verantwortung für diese repräsentative Demokratie.

Angesichts schwieriger und komplexer politischer Entscheidungsaufgaben der staatlichen Organe und der Parlamente in einem hochorganisierten und hochdifferenzierten politischen Gemeinwesen wie der Bundesrepublik Deutschland ist die repräsentative Demokratie auch in Zukunft am ehesten geeignet, sachge-

rechte und am Gemeinwohl orientierte politische Lösungen zu erbringen.

Die Leistungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie wird in der Öffentlichkeit zu wenig gewürdigt, vor allem der in Städten und Gemeinden von ehrenamtlichen Stadt- und Gemeinderäten oft unter Einsatz eigener finanzieller Mittel und mit dem Verzicht auf Freizeit erbrachte Dienst am Gemeinwesen.

Unabhängige, bürgernahe, mit der Lebenswirklichkeit der Bürger vertraute Abgeordnete, die aus allen Schichten des Volkes kommen, bieten die beste Gewähr dafür, daß sich die Bürger durch die Parlamente repräsentiert fühlen. Unterrepräsentiert in unseren Volksvertretungen sind heute junge und alte Menschen, Frauen, Arbeitnehmer aus den gewerblichen und technischen Berufen, Selbständige, Kunst- und Kulturschaffende.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland enthält in Artikel 21 den Auftrag an die Parteien, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Zu den Aufgaben, die die Verfassung den Parteien übertragen hat, gehört die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber für die Parlamente.

Empfehlungen

4. Die Arbeit in den Parlamenten ist eine wichtige Bewährungsprobe für die CDU. Hier vor allem wird der Nachweis der politischen Leistungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit erbracht. Den Gremien der Partei, denen die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten zufällt, und den Parteivorständen ist ein hohes Maß an Verantwortung auferlegt. An dieser Verantwortung haben sich die Diskussion zur Person der Kandidatinnen und Kandidaten sowie deren Auswahl zu messen. Über die Kandidaten-

auswahl muß jeweils ein Reservoir an neuen Kräften erschlossen werden. Kandidatenaufstellung bedeutet ebenso Kontinuität wie Erneuerung bis hin zum notwendigen Wechsel der Führungskräfte.

5. Dem Trend zum Berufspolitiker muß entgegengewirkt werden. Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung müssen ein Mandat ausüben können, ohne auf die Berufsausübung zu verzichten. Es muß wieder attraktiv werden, dem Gemeinwesen auf Zeit zu dienen. Eine Kommission soll zu diesem und den damit zusammenhängenden Themen — z. B. den Inkompatibilitätsregelungen — Vorschläge erarbeiten.

Die Qualität der Parlamentsarbeit ist zu verbessern. Dies hängt entscheidend von der Qualität der Kandidatinnen und Kandidaten ab. Hier sind zwei Aspekte zu berücksichtigen:

- Die Bedeutung einer innerparteilichen Bewährung ist ausdrücklich anzuerkennen. Bewährung in der Parteiarbeit ist ein gutes Mittel, politische Fähigkeiten zu erlernen und zu erproben. Gerade deshalb ist die innerparteiliche Führungsauflese zu verbessern.
- Zwischen Führungspositionen der Gesellschaft und politischen Führungspositionen muß eine größere Durchlässigkeit angestrebt werden.

Die Leistungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie und das Ansehen der CDU in der Öffentlichkeit werden maßgeblich von der Qualität ihrer Amts- und Mandatsträger geprägt. Deshalb ist auf die Auswahl sachkundiger, bürgernahe und persönlich integrierender Kandidatinnen und Kandidaten, die als Parlamentarier die im Volke vorhandenen politischen und sozialen Anschauungen, Interessen und Zielvorstellungen integrieren und politisch in die Tat umsetzen können, besonders zu achten.

Die Amts- und Mandatsträger der Volkspartei CDU müssen die Vielfalt der beruflichen, sozialen und landsmannschaftlichen Gruppen und der Generationen widerspiegeln und so den Volksvertretungscharakter der Parlamente stärken.

6. Eine Parlamentsreform soll bessere Möglichkeiten schaffen, die parlamentarische Arbeit mit Beruf, Familie und Freizeit zu vereinbaren. Bundestag, Landtage und die kommunalen Parlamente müssen ihre Arbeitsmethoden überprüfen, ihre Arbeitszeiten rationeller einsetzen, nennenswert kürzen oder in zusammenhängenden Tagungswochen zusammenfassen. Darüber hinaus sind die organisatorischen Arbeitsbedingungen der Abgeordneten so zu verbessern, daß dem einzelnen Mandatsträger die Möglichkeit eröffnet wird, sein Mandat neben seinem eigentlichen Beruf ausüben zu können. Dies eröffnet Parlamentariern bessere Möglichkeiten zum Engagement in Gesellschaft und Partei.

Soweit Mandatsträger und Parteigremien Einfluß auf Termingestaltung haben, sollen sie Sonntage von Verpflichtungen freihalten, um selbst den nötigen Freiraum für Familie und Erholung zu haben.

7. Die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU müssen ein überzeugendes Verhältnis zwischen den Generationen aufweisen:

● Für die Fraktionen aller Parlamente sind mehr junge Menschen aufzustellen. Von Repräsentanten der jungen Generation kann zum Zeitpunkt der Aufstellung nicht alles an Fähigkeiten erwartet werden, was die erfahrenen Bewerberinnen und Bewerber auszeichnet. Mit jungen Kandidatinnen und Kandidaten sollen auch andere Sichtweisen und Akzente bewußt aufgenommen werden.

● Die Lebensleistung und die Erfahrung älterer Menschen ist stärker durch die Mitarbeit in den Parlamenten für das Gemeinwohl zu nutzen.

● Für die Fraktionen aller Parlamente sind mehr Frauen aufzustellen. Die Ablehnung einer Quote durch die CDU ist nur dann glaubwürdig, wenn entsprechend den Beschlüssen des Wiesbadener Parteitagés mehr Frauen die Möglichkeit der Kandidatur und der Mitarbeit in verantwortlichen Positionen eröffnet wird. An die Qualifikation der Kandidatinnen dürfen keine anderen Maßstäbe angelegt werden als an die männlicher Kandidaten. Die Tätigkeit als Hausfrau und Mutter ist bei Kandidatenaufstellungen als gleichwertig zur Erwerbsarbeit zu würdigen.

Kandidatinnen und Kandidaten aus den Bereichen der Arbeitnehmerschaft, der Selbständigen und des Mittelstandes sind auf aussichtsreichen Plätzen der Kandidatenliste zu berücksichtigen. Sie sollen aktiv im Berufsleben stehen und mit der Lebenswirklichkeit der gesellschaftlichen Gruppe, der sie angehören, vertraut sein. Die Repräsentanten dieser gesellschaftlichen Gruppierungen müssen zwar deren Interessen überzeugend formulieren und ihren Sachverstand einbringen können, darüber hinaus aber in der Lage und bereit sein, im Parlament über eigene Interessenbindungen hinaus die am Gemeinwohl orientierte Politik der CDU zu vertreten. Einseitige Interessenvertreter können nicht Kandidatin oder Kandidat der CDU sein.

8. Die politische Glaubwürdigkeit der CDU hängt von ihrer politischen Arbeit und von ihren Kandidatinnen und Kandidaten ab. Persönliche Glaubwürdigkeit bietet dem Bürger die Gewähr, daß die politische Aussage auch verwirklicht wird. Daher müssen die Bewerberinnen

und Bewerber in der Lage sein, das Profil der CDU durch ihre Person zu prägen.

Der persönlich vorbildliche Einsatz des Politikers ist entscheidend für das Ansehen der Demokratie. Die öffentliche Meinung widmet dem demokratischen Verhalten des Politikers mit Recht immer mehr Aufmerksamkeit. Demokratisches Verhalten ist Grundbedingung für eine erfolgreiche Kandidatur. Politisches Handeln wird von der Bevölkerung dann als demokratisch anerkannt, wenn der Politiker seine Meinung mutig, klar und zielbewußt öffentlich vertritt und gleichzeitig die Meinung des Andersdenkenden achtet. Die Auseinandersetzung in der Sache zeigt politische Alternativen auf und ist ein Lebelement der Demokratie.

Bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten muß sichergestellt sein, daß an deren persönlicher Integrität kein begründeter Zweifel möglich ist. Sie müssen sich gesellschaftliche Anerkennung durch Bewährung im Beruf, in Familien- und Erziehungsarbeit oder in ehrenamtlicher Tätigkeit erworben haben. Wer sich wegen Mißbrauch eines öffentlichen Amtes strafbar gemacht hat, soll auf eine Kandidatur als Abgeordneter oder als Mitglied einer kommunalen Vertretungskörperschaft verzichten. Die Kandidatinnen und Kandidaten müssen darüber hinaus in der Lage sein, zuzuhören, ihre politischen Vorstellungen in der Öffentlichkeit verständlich zu begründen und zu formulieren und in den Massenmedien darzustellen.

9. Das bisherige, überwiegend repräsentativ-demokratische Verfahren der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten hat sich bewährt. Das Kandidatenaufstellungsverfahren soll nicht bundes-

einheitlich, sondern entsprechend der regionalen und örtlichen Bedürfnisse geregelt werden und den Parteimitgliedern möglichst starke Mitwirkungsmöglichkeiten einräumen, z. B. durch Mitgliederversammlungen, Mitgliederbefragungen und offene Delegiertenversammlungen. Um eine politische Mitwirkung möglichst vieler zu gewährleisten, muß eine sachlich ungerechtfertigte Anhäufung von Ämtern und Mandaten ausgeschlossen werden.

II. Aktive und informierte Mitgliedschaft als Basis einer Volkspartei

Situationsbeschreibung

10. Zwischen 1969 und 1982 — in den Jahren der Opposition — hat sich die Mitgliederzahl der CDU fast verdreifacht. Während die Mitgliederzahlen noch bis 1984 anwuchsen, ist seit dieser Zeit ein gegenläufiger Trend feststellbar. Der durch Austritte und Sterbefälle verursachte Rückgang wird durch Neuzugänge nicht ausgeglichen.

Besorgniserregender als der Mitgliederückgang sind die Verschiebungen in der Mitgliederstruktur. Mehr als 50 Prozent der CDU-Mitglieder sind älter als 50 Jahre. Weitere 25 Prozent sind älter als 40 Jahre. Lediglich 3,9 Prozent gehören der Altersgruppe der 25- bis 29jährigen an, und nur 2,8 Prozent sind jünger als 25 Jahre. Der Anteil der 16- bis 20jährigen liegt bei einem Prozent.

Der Anteil der weiblichen Mitglieder beträgt 22,5 Prozent. Das Durchschnittsalter dieser Mitglieder liegt bei 52,1 Jahren. Besonders unterrepräsentiert in der

Mitgliedschaft sind Berufsgruppen, die für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft die zentrale Wachstumsgruppe bilden. Hierzu gehören insbesondere der technische Bereich und die privaten Dienstleistungen.

Die Bilanz der Neuaufnahmestatistik für 1988 zeigt zwar eine günstigere Tendenz; hier liegt das Durchschnittsalter bei 42,7 Jahren; bei Frauen bei 45,1 Jahren. Auf die Gruppe der 25- bis 29jährigen entfallen neun Prozent der Neueintritte (Frauen 6,3 Prozent). Der Frauenanteil bei Neueintritten beträgt fast ein Drittel (31,8 Prozent).

Anlaß zur Sorge geben die Strukturdaten vieler Ortsverbände. Es gibt Ortsverbände, die keine weiblichen und keine Mitglieder unter 25 Jahren — teilweise sogar keine Mitglieder unter 30 Jahren — haben. Immer weniger Menschen sind bereit, sich auf längere Zeit an eine Organisation oder gar eine Aufgabe zu binden und regelmäßige Verpflichtungen einzugehen.

Empfehlungen

11. Die CDU muß eine zukunfts-offene, lebendig diskutierende Partei sein, die Regierungskompetenz ausstrahlt, ohne die notwendige kontroverse Diskussion zu scheuen. Dabei kommt es darauf an, daß in der Diskussion innerhalb der Partei eine intensive und von möglichst vielen getragene politische Willensbildung sichtbar wird.

Die CDU braucht vor allem die ständige programmatische Diskussion, die Weiterentwicklung ihrer Positionen zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen. Ziel muß es sein, wichtige Themen in die parteiinterne Diskussion hineinzutragen und Lösungsalternativen zu erarbeiten. Dabei soll externer Sachverstand genutzt werden. Termine von Programmkommissio-

nen und Fachausschüssen sollen möglichst so gelegt werden, daß sie mit den beruflichen Verpflichtungen der Parteimitglieder vereinbart werden können.

12. Um dem Anspruch einer Volkspartei gerecht zu werden, ist auf längere Sicht der Altersaufbau und die soziale Struktur der Mitgliedschaft durch neue Impulse in der Mitgliederwerbung zu verändern. Andernfalls wird in absehbarer Zeit eine ausgewogene Struktur in der Partei nicht mehr vorhanden sein.

Vor allem Neumitgliedern, deren Bereitschaft zur Mitarbeit besonders groß ist, sollen konkrete Angebote zur Mitarbeit gemacht werden. Sie sollen nicht nur schriftlich eingeladen, sondern durch die Mandats- und Funktionsträger persönlich angesprochen und zur Mitarbeit angespornt werden. Besondere Begrüßungs- und Informationsveranstaltungen für Neumitglieder sollten auf Kreisebene durchgeführt werden. Es gilt, die Neumitglieder in den Grundkonsens der Partei einzubinden.

13. Die Mitgliedschaft in der CDU darf sich nicht darauf beschränken, durch finanzielle Beiträge die politische Arbeit der CDU zu unterstützen. Sie muß für das einzelne Mitglied den Effekt haben, daß es genauer und detaillierter über politische Vorgänge informiert ist als Mitbürger, die auf die Massenmedien angewiesen sind. Die periodischen Informationsmaterialien, die die CDU herausgibt, müssen dem besonderen Informationsbedürfnis des Mitglieds Rechnung tragen und entsprechend ausgebaut werden. Vorhandene Parteimedien wie der wöchentlich erscheinende Uid für Mandats- und Funktionsträger sowie das Deutsche Monatsblatt sind entsprechend zu gestalten, um die Argumentationsfähigkeit der Mitglieder zu stärken. Dabei ist auf eine ordentliche journalistische

Arbeit zu achten. Um die schnelle Verbreitung von Informationen und die Diskussion von Problemlösungen unter CDU-Mitgliedern zu ermöglichen, sind die Parteimedien stärker als bisher zu Diskussionsforen auszubauen.

Die Mitgliedschaft in der CDU muß tatsächliche Mitwirkungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen eröffnen. Mitglieder wollen nicht nur Beschlüsse von Gremien der Partei nachvollziehen; sie wollen mitbeteiligt sein an politischen Entscheidungsprozessen. Das gilt auch für Entscheidungen auf Regierungs- und Fraktionsebene. Deshalb muß es der Partei gelingen, rechtzeitig und ohne unmittelbaren Entscheidungsdruck Sachfragen auf die Tagesordnung der Parteidiskussion zu setzen, die in einer ersten Phase offen diskutiert werden können.

Die Möglichkeit, an politischen Entscheidungsprozessen aktiv beteiligt zu sein, ist ein Vorrecht, das sich aus der Mitgliedschaft ergibt. Deshalb ist deutlich zu unterscheiden zwischen den Veranstaltungen, in die Bürger und Sachverständige außerhalb der Partei einbezogen werden (z. B. Anhörungen und Foren) und den Mitgliedern vorbehaltenen Veranstaltungen zur Herbeiführung einer politischen Entscheidung. Die CDU diskutiert mit allen Bürgern — entschieden wird von den Mitgliedern.

Die Möglichkeit, an politischen Entscheidungsprozessen aktiv beteiligt zu sein, wird vom Mitglied vor allem dort real erfahren, wo es in seinen lokalen Lebensbezügen ganz persönlich betroffen ist. Die Mitglieder müssen aber auch stärker an der Vorbereitung bundes- und europapolitischer Entscheidungen mitwirken können.

14. Der Anteil an Frauen, jungen Menschen und gewerblichen Arbeitnehmern in der CDU muß erhöht werden. Besonders anzusprechen sind bei der Mitgliederwerbung die unterproportional vertretenen Berufsgruppen aus dem technischen und dem privaten Dienstleistungsbereich sowie aus den sozialen Diensten.

Mitgliederwerbaktionen sollen mit der Diskussion aktueller politischer Themen verbunden sein. Dazu ist erforderlich:

- Die Partei stellt aktuelle Themen und Grundsatzfragen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit.

- Parteiveranstaltungen werden für die Mitarbeit interessierter und sachkundiger Bürger geöffnet.

- Die Partei muß auch Dienstleistungen für politisch interessierte und kontaktsuchende Bürger erbringen.

- Die Partei bemüht sich stärker als bisher um eine Verbindung zwischen den Funktions- und Mandatsträgern und den gesellschaftlichen Gruppen im vorpolitischen Raum.

- Die Partei führt verstärkt gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Gruppierungen durch.

- Die Partei stellt sich gegenüber den Bürgern durch eine effektive und bürgerbezogene Öffentlichkeitsarbeit dar.

Die CDU muß auch alle Chancen nutzen, politisch interessierten Menschen durch kurzfristige Angebote Einblicke in die Partei zu geben, ohne sie schon verpflichten zu wollen. Es müssen Formen entwickelt werden, die nach einer befristeten Zeit die Möglichkeit der Mitarbeit wieder freistellen. So kann die Hemmschwelle für interessierte, aber die Verbindlichkeit (noch) scheuende Menschen herabgesetzt werden.

15. Viele Menschen interessieren sich für die Arbeit einer Partei zunächst auf-

grund persönlicher Qualifikation und Interessenlage. Ihre Zustimmung machen sie davon abhängig, inwieweit sie bestimmte, gerade sie betreffende Themen in einer Partei wiederfinden.

Eine kontinuierliche Beteiligung der Mitglieder sorgt für eine bessere — auch emotionale — Bindung an die Partei. Dazu ist erforderlich:

- Ein Angebot interessanter politischer Themen mit persönlichem Bezug, um Chancen für eine praktische Mitarbeit zu eröffnen.
- Ein Angebot zur aktiven Politikgestaltung durch Übernahme von Mandaten oder Parteifunktionen im Bereich der vorgegebenen Interessensgebiete.

16. Moderne Parteiarbeit kann nicht darauf verzichten, daß möglichst viele Mitglieder bereit und in der Lage sind, die politischen Ziele der CDU im Gespräch und durch andere Formen des Engagements überzeugend zu vertreten. Die ständige Fort- und Weiterbildung ist zu einer wesentlichen Voraussetzung einer überzeugenden politischen Arbeit geworden. In jedem Orts- und Kreisvorstand sollte ein Vorstandsmitglied für die Bildungsarbeit zuständig und verantwortlich sein.

An erster Stelle muß die Qualifizierung des Mitglieds durch Information stehen. Das Mitglied muß in der Lage sein, politische Vorgänge in ihren Zusammenhängen zu erfassen und Argumente des politischen Gegners zu widerlegen. Wo notwendig und gewünscht, muß das Mitglied die Möglichkeit haben, sich rasch detaillierte Informationen zu beschaffen. Diesem Ziel müssen die Informationsmaterialien dienen, die den unteren Parteigliederungen insbesondere von den zuständigen Landesparteien bzw. der Bundespartei gegen Erstattung der Kosten zur Verfügung gestellt werden.

Ebenso sind alle hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und alle Funktions- und Mandatsträger zur ständigen Fortbildung verpflichtet.

III. Bürgernahe Formen der Parteiarbeit

Situationsbeschreibung

17. Die Arbeit der Parteien — vor allem die Themenauswahl bei politischen Veranstaltungen — entspricht nicht immer der Interessenlage und dem Freizeitverhalten der Bürger; sie läßt teilweise auch Aktualität vermissen. Vielfältige neue Möglichkeiten der Begegnung mit dem Bürger bleiben ungenutzt. Die Parteien öffnen sich zu wenig dem Gespräch mit dem Bürger. Die politische Meinungsbildung am Arbeitsplatz wird unterschätzt. Die Zusammenarbeit mit Presse, lokalem Hörfunk und Fernsehen ist verbesserungsfähig. Kontinuierlich erscheinende eigene Zeitungen oder Bürgerinformationen sind die Ausnahme, nicht die Regel.

Empfehlungen

18. Die CDU muß im Alltag der Menschen präsent sein. Mehr Bürgernahe muß erstes Ziel aller Anstrengungen zur Verbesserung der Parteiarbeit sein. Bürgernahe setzt voraus, daß die CDU an den Begegnungsstätten in der Arbeitswelt und in der Freizeit ansprechbar ist. Über die modernen Kommunikationsmittel müssen auch gezielte persönliche Ansprachen ermöglicht werden.

Viel stärker als in der Vergangenheit muß die Partei zukünftig Aufgaben wahrnehmen, die sich nicht ausschließlich im engeren Sinn des Wortes als „politisch“ bezeichnen lassen. Immer mehr Mitbür-

ger erwarten von einer Partei, daß diese auch Begegnungsmöglichkeiten eröffnet, die nicht oder nicht völlig durch politische Themen geprägt sind; sie wollen frei und zwanglos mit Gleichgesinnten zusammentreffen können. Das Angebot der Partei muß deshalb heute auch in bewußte Konkurrenz treten zu anderen Freizeitangeboten und dabei nicht zuletzt ein Gefühl der Zusammengehörigkeit stärken.

19. Die CDU muß den Weg zum Bürger gehen, ein breites Angebot vielfältiger neuer Veranstaltungsformen entwickeln und diese Vielfalt auch nutzen. Veranstaltungen müssen themenbezogen und aktuell sein. Zentrale Großveranstaltungen sind nur attraktiv, wenn ein Spitzenpolitiker von überregionaler Bedeutung die Veranstaltung inhaltlich trägt und ausfüllt. Die Regelveranstaltung der CDU vor Ort ist die kleine, an Themen und Zielgruppen orientierte Diskussionsveranstaltung.

Politische Veranstaltungen müssen wesentlich stärker als bisher die Seh- und Hörgewohnheiten der Bürger berücksichtigen, wie sie vor allem durch Fernsehen und Hörfunk geprägt werden. Auch in der Partearbeit muß der Einsatz moderner Medien verstärkt werden.

Die vielfältigen Möglichkeiten, Politik interessant und informativ zu vermitteln, müssen genutzt werden. Eine Viertelstunde Talk-Show und eine Viertelstunde Politiker-Rede können mehr erreichen als eine 40minütige Rede. Politische Veranstaltungen sollten durch kulturelle, unterhaltsame Beiträge aufgelockert werden. Neben der größeren Veranstaltung mit mehreren solchen Elementen kommt dem politischen Kleingruppengespräch (z. B. „politischer Stammtisch“) große Bedeutung zu. Hier kann dem Bedürfnis des

Bürgers nach individueller Diskussion Rechnung getragen werden. Gute Erfahrungen werden mit Nachbarschaftstreffen gemacht, an denen Mandatsträger teilnehmen.

20. Die traditionelle Veranstaltungspraxis ist zu überprüfen. Die CDU muß mehr offene Veranstaltungen anbieten. Die Veranstaltungszeiten sind zielgruppenadäquat zu wählen, da sich berufliche und private Verhaltensweisen geändert haben. Einladungen zu Veranstaltungen müssen auch individuelle Gruppenbedürfnisse berücksichtigen. Um Frauen und Männern die Teilnahme an Veranstaltungen der CDU zu erleichtern, sind Möglichkeiten zur — ehrenamtlichen — Betreuung der Kinder in dieser Zeit zu organisieren.

21. Entscheidungen in den Fraktionen, den Parlamenten, den kommunalen Vertretungskörperschaften, den Ausschüssen oder der Verwaltung müssen — unter Beachtung der rechtlichen Vorschriften — durch die öffentliche und offene Diskussion in der Partei begleitet und so Entscheidungsprozesse offengelegt werden. So können Entscheidungsgründe besser vermittelt und dem Bürger mehr Information und Mitwirkung ermöglicht werden. Diese Aufgabe hat die Partei nicht nur in Wahlkampfzeiten, sondern während der gesamten Legislaturperiode.

Sitzungen von Parteigremien sollen stärker zur Diskussion und Vorbereitung politischer Entscheidungen genutzt werden. Die Arbeit kann so vor allem in den Städten und Gemeinden politisch aktueller gestaltet und der politische Gestaltungsanspruch der Partei sichtbar gemacht werden.

Inhaltliche Themen müssen zukünftig im Mittelpunkt von Parteitagen stehen. Auf der Tagesordnung sollen regelmäßig

Berichte über die Umsetzung von Parteitagebeschlüssen und eine Aussprache dazu stehen. Falls Beschlüsse noch nicht umgesetzt sein sollten, muß der Vorstand eine Begründung dafür geben.

Die innerparteilichen Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten gegenüber Funktions- und Mandatsträgern sind den Parteigliederungen regelmäßig rechen-schaftspflichtig. Den Beisitzern in den Vorständen ist ein festes Aufgabengebiet zuzuordnen, über das sie auf Wahlparteitagen Bericht erstatten müssen.

22. Der Stärkung der Betriebsarbeit kommt ein besonderes Gewicht zu. Die CDU will keine Parteipolitisierung der Betriebe. Aber insbesondere am Arbeitsplatz und in den Betrieben finden politische Diskussionen, Informationen und politische Meinungsbildung ständig statt. Die CDU muß auf ihre Mitglieder in den Betrieben und Verwaltungen zugehen, sie unterstützen, informieren und fortbilden. Mitglieder der CDU sollen auf Ämter in den Gewerkschaften vorbereitet und zur Übernahme von Vertretungsfunktionen für die Arbeitnehmer in den Betrieben und in der Verwaltung ermuntert und bei und nach Wahlen unterstützt werden. Der ständige Dialog mit den Arbeitnehmervertretern in den Betrieben (Vertrauensleute, Betriebsräte, Personalräte, Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten) ist eine selbstverständliche Pflicht aller Mandatsträger der CDU.

Die Betriebsarbeit darf sich nicht allein auf Großbetriebe beziehen, sondern muß auch mittelständische Unternehmen einbeziehen. Besondere Bedeutung kommt dem wachsenden Dienstleistungsbereich einschließlich der sozialen Dienste zu.

Der Charakter der CDU als Volkspartei muß auch dadurch zum Ausdruck kom-

men, daß sie eine ausreichende Anzahl von Mitgliedern und Amts- und Mandatsträgern hat, die in der Arbeitnehmerschaft und ihren betrieblichen Vertretungen verwurzelt sind und in der Lage sind, die Anliegen der Arbeitnehmer in die Parteiarbeit einzubringen und die Politik der CDU in einer für die Arbeitnehmer verständlichen Sprache zu vermitteln.

23. Mandats- und Funktionsträger, Kandidaten und die Mitglieder sollen sich in Kirchen, Vereinen und Verbänden engagieren. Sie dienen damit nicht nur einem reichen gesellschaftlichen Leben, sondern zeigen auch, daß die Mitglieder der CDU sich an dieser Arbeit aktiv beteiligen.

Die CDU anerkennt das Engagement von Parteifreunden, die in gesellschaftlichen Gruppen tätig sind. Wer wegen seiner Verpflichtungen im vorpolitischen Raum weniger intensiv an der parteiinternen Arbeit teilnehmen kann, darf bei der Kandidatenauswahl für Ämter und Mandate nicht benachteiligt werden.

Dem Gespräch mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften, ihren Einrichtungen und Verbänden kommt eine besondere Bedeutung für die CDU zu. Durch regelmäßige Gespräche mit den Kirchen und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen kann die Gesprächsfähigkeit der CDU mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld verbessert werden.

Bürgernähe sollte grundsätzlich auch dort gesucht werden, wo die CDU traditionell bislang weniger engagiert war: in freien Initiativen und Bürgergruppen. Nicht in jedem Fall kann sich die CDU hinter die Ziele und Absichten von Bürgerinitiativen stellen. Sie soll dies aber dort tun, wo ein berechtigtes Bürgerinteresse auch deshalb in Bürgerinitiativen

einmündet, weil Verwaltungen und Parteien solche Interessensituationen nicht frühzeitig aufgespürt und aufgegriffen oder das Gespräch darüber nicht rechtzeitig geführt haben.

24. Moderne Parteiarbeit muß die Entwicklung der Gesellschaft zu einer Informations- und Kommunikationsgesellschaft berücksichtigen. Ein problemloser Datenaustausch zwischen den Gliederungen der Partei ist unter Berücksichtigung der Belange des Datenschutzes zu ermöglichen. Die CDU muß sich gezielt der vielfältigen Möglichkeiten moderner Kommunikationsformen bedienen. Parteieigene Zeitungen sind auf Dauer nur erfolgreich, wenn sie in Technik, Aktualität und Aufmachung den im Handel befindlichen Zeitungen entsprechen.

Wo Gliederungen der Partei eigene Zeitungen produzieren und verteilen, sollten sie die professionelle Hilfestellung von Parteizentralen in Anspruch nehmen können. Dabei ist vor allem auf die durchschnittlichen Lesegewohnheiten der Bürger Rücksicht zu nehmen. Solche zentralen Hilfen brauchen die Vielfalt an Publikationen nicht zu schmälern. Auch die Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation müssen ausgebaut werden.

Angesichts einer starken Lokalisierung der Publizistik — z. B. durch lokalen Rundfunk — muß die Pressearbeit vor Ort verstärkt werden. Zwischen den lokalen Redaktionen und der CDU muß ein ständiger Kontakt gepflegt werden. Dazu gehören Presseerklärungen und Redaktionsbesuche. In diese Kontaktpflege sind nicht nur die traditionellen Abonnements- und Kaufzeitungen, sondern auch neue Produkte wie Anzeigenblätter, Stadtzeitungen sowie lokaler Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) einzubeziehen. Neue Wahlkampfformen, z. B. Wahlkampfzeitungen, eröffnen neue Ansprä-

chemöglichkeiten. Der Mittelaufwand für derartige Zeitungen sollte durch Einsparungen bei anderen Wahlkampfaktivitäten alter Art gesichert werden. Die CDU muß alle geeigneten Formen moderner Werbestrategien im politischen Bereich einsetzen. Dies gilt auch für Brief- und Telefonaktionen.

IV. Organisation als Voraussetzung für erfolgreiche Parteiarbeit

Situationsbeschreibung

25. Organisationsstufen der CDU sind:

- (1) die Bundespartei,
- (2) die Landesverbände,
- (3) die Kreisverbände,
- (4) die Stadt-/Gemeindeverbände bzw. Stadtbezirksverbände.

Einzelne Landesverbände haben als weitere Organisationsform zwischen Kreis- und Landesverband den Bezirksverband. Die Regelung der jeweiligen Zuständigkeit von Landes- und Bezirksverband ist Aufgabe des Landesverbandes.

Für die spezielle Einwirkung auf gesellschaftliche Gruppen gibt es als organisatorische Zusammenschlüsse die Vereinigungen mit dem Ziel, das Gedankengut der CDU in ihren Wirkungskreisen zu vertreten und zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen und den Sachverstand der von ihnen repräsentierten Gruppen in der Politik der CDU zu wahren (Statut § 39.1).

Die CDU verfügt auf Kreis-, Landes- und Bundesebene über hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die gewählten ehrenamtlichen Funktionsträger in ihrer politischen Arbeit unterstützen.

26. Die Landesverbände sind nach dem Statut (§ 16) die Organisationen der CDU in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

Sie bestimmen die Richtlinien der politischen und organisatorischen Arbeit in dem jeweiligen Bundesland. Für alle politischen Maßnahmen — soweit sie nach dem Grundgesetz und den jeweiligen Landesverfassungen zu den Aufgaben der Länder gehören — sind sie verantwortlich. Dazu zählen u. a. die Formulierungen der Leitlinien in der Landespolitik und die Vorbereitung und Durchführung der Landtags- und Kommunalwahlen. In Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden beschließen sie Grundsätze für die Kommunalpolitik.

27. Die Entwicklung der CDU in den 70er Jahren zu einer Mitglieder- und Programmpartei wäre ohne eine schlagkräftige Organisation und eine effizient arbeitende Bundesgeschäftsstelle nicht möglich gewesen.

Für die 90er Jahre muß die Organisationsform der Bundesgeschäftsstelle weiterentwickelt werden.

Dabei stehen drei Zielsetzungen im Vordergrund:

- Änderung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unter Berücksichtigung der neuen technischen Möglichkeiten;
- Änderung der Organisation aufgrund der neuen elektronischen Kommunikationsmittel;
- Beseitigung des finanzwirtschaftlichen Ungleichgewichts:

Die Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben hat seit Anfang der 80er Jahre zu einem strukturellen finanzwirtschaftlichen Ungleichgewicht geführt, das eine strukturelle Überprüfung der Einnahmen- und Ausgabenverteilung innerhalb der gesamten Partei verlangt.

28. Die Vereinigungen haben eine Doppelfunktion, die eine wesentliche Stärke der Union ausmacht. Sie repräsentieren ihre Gruppen, in denen sie Politik treiben, und sie verwurzeln die Partei in ihren Gruppen. Sie formulieren eigene politische Programme, wobei sie in den Grundwerten mit der CDU übereinstimmen. Für ihre Tätigkeit brauchen sie eine gewisse Eigenständigkeit. Gleichzeitig müssen sie ihre Aufgaben, sowohl ihre Gruppe als auch die Partei zu vertreten, in Einklang bringen. Dies zu erreichen, ist eine wichtige Aufgabe der Vorstände der Vereinigungen, aber auch der Parteiführungen auf allen Organisationsstufen. Werden die Vereinigungen zu stark in die Partei integriert, verlieren sie sowohl ihre Sprecher- als auch ihre Repräsentationsfunktion für wichtige Gruppierungen. Entfernen sie sich zu weit von der Partei, verlieren sie ihren Einfluß in der CDU und gefährden ihr Mandat, für die CDU zu sprechen.

Entscheidend ist, daß eine Vereinigung ihre parteiorganisatorische Legitimation von der Gesamtpartei erhält und daß die Gesamtpartei die Trägerin des politisch-parlamentarischen Mandats der CDU ist.

Die derzeitige Struktur und die Arbeitsweise der Vereinigungen der CDU entspricht nicht immer den Anforderungen. Der Mitgliederstand ist zu gering. Die intensive Einwirkung auf die Berufs- und Altersgruppen, die dem spezifischen Aufgabenkreis der Vereinigungen entsprechen, fehlt oft. Es ist aber auch eine Aufgabe der örtlichen Partei, die Arbeit der Vereinigungen zu unterstützen.

Empfehlungen

29. Die Gliederung der Partei in Organisationsstufen hat sich grundsätzlich

bewährt. Bei einer Neuordnung der Organisation ist eine flächendeckende und gleichwertige Versorgung der Parteigliederungen in allen Regionen der Bundesrepublik Deutschland mit modernsten Hilfsmitteln der Organisation und Kommunikation anzustreben. Bereits vorgenommene Zentralisierungen sollen beibehalten werden. Ziel ist es, leistungsfähige Parteistrukturen auf lokaler Ebene zu schaffen, durch die eine größere Bürgernähe hergestellt, die öffentliche Wirksamkeit verbessert und ein wirtschaftlicher Einsatz finanzieller Mittel gewährleistet wird. Die Arbeit der Stadt- und Gemeindeverbände ist verstärkt zu unterstützen. Notwendig ist dabei die sinnvolle Verbindung der hauptamtlichen Arbeit (Geschäftsstelle) mit der ehrenamtlichen Parteiarbeit (z. B. Bürgertreff/Bürgerbüro).

30. Es ist erforderlich, die Funktion der Kreisgeschäftsstelle neu zu beschreiben:

- Kreisgeschäftsstellen sind Kommunikations- und Dienstleistungszentren, hauptamtlich besetzt und mit modernen Kommunikationstechniken ausgestattet. Sie sind z. B. zuständig für die Betreuung von Parteigremien, für politische Informationen und die Organisation von Wahlkämpfen sowie die Verwaltung der Mitgliederkartei.
- Ein Dienstleistungsabend wird auch in CDU-Geschäftsstellen eingeführt.

31. Ziel dieser Neuorganisation der Geschäftsstellen muß sein, die Kreisgeschäftsführerin bzw. den Kreisgeschäftsführer weitgehend von verwaltungstechnischen Tätigkeiten zu entlasten und den Hauptteil der Aufgaben in der Betreuung und Förderung der politischen Arbeit des Kreisvorstandes, der Stadt-/Gemeindeverbände bzw. Stadtbezirks- und Ortsverbände, der Vereinigungen sowie der kommunalen Fraktionen zu sehen.

Die Kreisgeschäftsführerin bzw. der Kreisgeschäftsführer leitet die Geschäftsstelle und ist für deren ordnungsgemäßen Arbeitsablauf verantwortlich. Sie sind Vorgesetzte aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle; sie motivieren und koordinieren die Arbeit aller hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Kreisgeschäftsführerin bzw. der Kreisgeschäftsführer muß verantwortlich dafür sorgen, daß

- die anfallende Verwaltungsarbeit reibungslos erledigt wird,
- die Ausgaben der Geschäftsstellen im Rahmen des Haushaltsplanes bleiben,
- Wahlkämpfe optimal organisiert werden,
- eine effektive und zielorientierte Öffentlichkeitsarbeit der Partei betrieben wird,
- eine erfolgreiche Mitgliederwerbung durchgeführt wird.

Mit diesen Aufgaben steht die Kreisgeschäftsführerin bzw. der Kreisgeschäftsführer an der Schnittstelle von Politik und Administration. Dies ist eine nicht hoch genug einzuschätzende Koordinations- und Managementaufgabe auf politischer Grundlage, die besondere Anforderungen an seine Qualifikation stellt.

Die Einstellung der Geschäftsführer erfolgt im Einvernehmen mit dem zuständigen Kreisverband durch den jeweiligen Landesverband. Vorgesetztenfunktion haben die Kreisvorsitzenden und der Geschäftsführer des anstellenden übergeordneten Gebietsverbandes. Voraussetzung für eine Einstellung sind eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine mindestens dreijährige Berufserfahrung. Auch für wissenschaftlich qualifizierte Bewerber gilt eine mindestens dreijährige berufliche Bewährung.

Anstellungsvoraussetzung für hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der

Partei ist eine gründliche sechsmonatige parteiinterne Ausbildung in der Probezeit. In dieser Zeit **müssen** sie die Bundespartei, die Landespartei sowie einen oder mehrere Kreisverbände kennenlernen. Sie werden dabei in folgende Bereiche eingearbeitet:

- Veranstaltungsorganisation,
- Kommunikationstechniken,
- praktische Öffentlichkeitsarbeit (Mitgliederwerbung, Publikationswesen usw.),
- Programmarbeit sowie
- Finanzierungs-, Rechts- und Steuerfragen.

Für Kreisgeschäftsführer werden auf Landes- und Bundesebene Fortbildungsmaßnahmen zu den vorgenannten Bereichen angeboten.

32. Die Landesverbände sind die Schaltstelle zwischen den Gliederungen der Partei. Sie erfüllen generell — insbesondere in Wahlkämpfen — eine Dienstleistungsfunktion gegenüber den nachgeordneten Verbänden. Zu ihren Aufgaben zählt auch die Umsetzung der Arbeit der Bundespartei. Die personelle und technische Ausstattung der Landesgeschäftsstellen muß diesen Erfordernissen entsprechen. Die Landesgeschäftsstelle hat die Dienstaufsicht über die Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführer. Ihr soll auch die Dienstaufsicht über die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vereinigungen im Landesverband obliegen.

33. Bei der Bundespartei muß dem finanzwirtschaftlichen Ungleichgewicht durch eine Organisationsreform begegnet werden. Der Grundgedanke ist eine Reform der Organisation und Aufgabenverteilung im Verbund der auf der Organisationsstufe des Bundes arbeitenden Institutionen. Dies ermöglicht eine Entla-

stung der Bundesgeschäftsstelle. Darüber hinaus sind technische Aufgaben auf Wirtschaftsbetriebe der Partei zu verlagern sowie Verwaltungsabläufe zu rationalisieren. Durch eine gezielte Verlagerung von Aufgaben und die damit verbundenen neuen Personalstrukturen muß die Bundesgeschäftsstelle in neuer Form mit etwa 25 Prozent weniger Personalkosten auskommen. Darüber hinaus ist durch eine Überprüfung der Verwaltungsabläufe der Bundesgeschäftsstelle durch einen Unternehmensberater oder Wirtschaftsprüfer die Möglichkeit weiterer Einsparungen zu prüfen. Bei der Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen sind die Mitarbeiter zu beteiligen und ihre Interessen angemessen zu berücksichtigen.

Auch in den Bereichen wissenschaftliche Arbeit, politische Bildung und Durchführung von Fachtagungen können Umverlagerungen und Neuorganisationen dazu führen, daß die politische Arbeit der Bundesgeschäftsstelle konzentriert wird auf Kommunikation, Wahlkampf, Organisation und inhaltliche Programmarbeit. Gerade in diesen Bereichen erfüllt die Bundesgeschäftsstelle eine wichtige und unverzichtbare Servicefunktion für die Landes- und Kreisverbände. Die neuen elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen dazu neue Ansatzpunkte. Das setzt allerdings eine entsprechende apparative Ausstattung auf allen Organisationsstufen der Partei voraus.

34. Um den neuen Aufgaben gerecht zu werden, hat die Bundesgeschäftsstelle der 90er Jahre „redaktioneller“ zu arbeiten, das heißt, sie muß sich im Wettstreit um Meinungsführerschaft in der Mediengesellschaft bewähren. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit Presse, Hörfunk und Fernsehen eine zentrale Aufgabe der Bundesgeschäftsstelle; die inhaltliche Vorbereitung und die Umsetzung für die

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit. Bisherige Arbeiten, z. B. umfangreiche Beantwortung von Briefen, fachliche Auskünfte aller Art, tagespolitisch programmatische Arbeit sowie die Betreuung der Bundesfachausschüsse müssen gestrafft werden. Das gleiche gilt für die Aufgabenbereiche der Betreuung der Verbände sowie für die Betreuung einzelner politischer Bereiche. Der satzungsmäßigen Ordnung für die Bundesfachausschüsse der CDU ist wieder Geltung zu verschaffen; dies gilt insbesondere für die Zusammensetzung und die Höchstmitgliederzahl.

35. Die Bundespartei leistet mit ihren Publikationen einen wichtigen Beitrag zur politischen Information der Mitglieder. Der wöchentlich erscheinende UID für Mandats- und Funktionsträger ist entsprechend zu gestalten. Das Deutsche Monatsblatt ist einzustellen. Eine neue ansprechende Mitgliederzeitung, die Hintergrundinformationen und Argumentationshilfen enthält, wird geschaffen.

36. Die Vereinigungen müssen sich stärker auf ihre eigentliche Aufgabe besinnen und ihre Außenwirkung in die von ihnen repräsentierten Zielgruppen erheblich verbessern. Hierzu ist erforderlich:

- Die Arbeit der Vereinigungen muß in die Parteiarbeit integriert sein. Die aktive Arbeit für eine Vereinigung der Partei sollte immer auch Arbeit für die CDU sein.

- Die Mitgliedschaft in allen Vereinigungen soll ohne Mitgliedschaft in der Partei möglich sein; eine Parteimitgliedschaft soll jedoch angestrebt werden. Mitglieder der Vereinigungen können nicht Mitglied einer mit der CDU konkurrierenden Partei sein. Die Mitgliedschaft in den Verei-

nigungen bedarf — soweit dieses nicht ohnehin schon praktiziert wird — künftig einer eigenständigen Willenserklärung. Dies ist für alle Vereinigungen ab 1. Januar 1995 verbindlich. Mitgliederdaten werden bei der zentralen Mitgliederkartei geführt und verwaltet.

- Die Frauenunion wird als Vereinigung aufgelöst. Auf dem Bundesparteitag 1994 wird ein Konzept über eine eigenständige Frauenarbeit in der CDU vorgelegt.

- In den Vereinigungen muß das Bewußtsein lebendig sein, daß die Partei weitaus mehr als eine Dachorganisation der Vereinigungen ist.

- Die Kreisvorsitzenden und Kreisvorstände der CDU müssen sich auch als Sachwalter der Vereinigungen verstehen und verantwortlich dafür eintreten, daß auch Frauen, junge Menschen und Arbeitnehmer gezielter in die Partei einbezogen werden. Umgekehrt haben die Vereinigungen in ihrer Arbeit das Gesamtinteresse der Partei zu beachten. Die Geschäftsführung der Vereinigungen soll auf Kreisebene durch die Kreisgeschäftsstellen der Partei erfolgen.

V. Finanzen

37. Der 37. Bundesparteitag spricht sich für eine grundsätzliche Verbesserung der Finanzausstattung der Bundespartei aus, um mittelfristig ein finanzwirtschaftliches Gleichgewicht erreichen zu können.

38. Der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand, durch eine Kommission, in die Beauftragte aller CDU-Landesverbände berufen werden, die Probleme einer gerechten Aufgaben- und Finanzverteilung innerhalb der Gesamtpartei sowie den Finanzbedarf der Bun-

Bis 1994 wird die Frauen-Union ihre Arbeit in der bisherigen Form fortsetzen

Generalsekretär Volker Rühle hat in einem Brief an die Landes- und Kreisvorsitzenden die Mißverständnisse ausgeräumt, die es über den auf dem 37. Bundesparteitag in Bremen in Ziffer 36 gefaßten Beschluß über die Arbeit der Frauen-Union gegeben hat. In drei Punkten erläutert er, was dieser Beschluß für die Arbeit der CDU besagt:

1. *Bis 1994 wird die Frauen-Union ihre Arbeit in der bisherigen Form fortsetzen. Die Frauen-Union legt dem Bundesparteitag 1994 ein Konzept vor, wie sie sich in neuer Form zukünftig in der CDU organisieren will. D. h.: die Frauen-Union ist nicht aufgelöst. Sie bleibt bis zur Bundesparteitagsentscheidung über dieses neue Konzept Vereinigung der CDU. D. h., daß alle weiblichen Mitglieder der CDU gleichzeitig Mitglieder der Frauen-Union sind.*
2. *Erst nach der Entscheidung des Bundesparteitages endet diese Automatik. Danach soll die Mitgliedschaft in der Frauen-Union einer eigenen Willenserklärung bedürfen.*
3. *Neu ist, daß zukünftig in die Frauen-Union auch Mitglieder eintreten können, die nicht Mitglieder der CDU sind.*

despartei untersuchen zu lassen. Die Kommission soll ihren Bericht und ihre Empfehlungen bis zum 1. Februar 1990 vorlegen.

39. Der Bundesparteitag stimmt einer Anhebung des Beitragsanteils der Bundespartei ab 1. Januar 1990 von 1, — DM auf 1,25 DM pro Mitglied und Monat zu.

VI. Schlußfolgerungen

40. Wie für jede Institution gilt auch für eine Partei, daß die Organisation dienende Funktion zur Erfüllung der Aufgaben hat. Die organisatorischen Strukturen der CDU als Volkspartei sind in den

vergangenen 40 Jahren unter unterschiedlichen Bedingungen als Regierungs- und Oppositionspartei gewachsen und weiterentwickelt worden. Heute geht es darum, diese Organisationsstrukturen den gewandelten Rahmenbedingungen anzupassen. Es ist vorauszusehen, daß Interessen unterschiedlicher Art sich — wie auch in der Vergangenheit — einer notwendigen Innovation und Modernisierung widersetzen werden. Die entscheidende Frage lautet: Schafft sich die CDU die organisatorischen Voraussetzungen, um auch in Zukunft als Volkspartei die dominierende politische Kraft Deutschlands zu sein? In einer Wettbewerbsgesellschaft, wie es die Bundesrepublik Deutschland ist, gibt es Erfolg nur auf der Grundlage ständiger Innovation. ■

Stichworte zur Finanzlage der Bundespartei

1. Die Bundespartei wird zum Jahresende 1989 mit 75 Mio. DM verschuldet sein!

Die Finanzen der Bundespartei befinden sich nicht mehr im Gleichgewicht. Im letzten Rechenschaftsbericht (1987) mußten wir 59,3 Mio. DM an Schuldposten angeben, denen nur 27,7 Mio. DM an Besitzposten gegenüberstanden.

In der letzten veröffentlichten Einnahmen-Ausgabenrechnung (ebenfalls 1987) weisen wir 59,2 Mio. DM Einnahmen und 72,5 Mio. DM Ausgaben aus. Die Bundestagspräsidentin hat in ihrem Bericht über die finanzielle Lage der Parteien zu Recht festgestellt: „Die CDU zehrt von der Substanz.“

Das finanzielle Ungleichgewicht gilt allerdings nur für die Bundespartei, während die Situation auf der Ebene der Kreis- und Landesverbände außerordentlich unterschiedlich ist. Für die Gesamtpartei gilt: Wir sind nach wie vor in den schwarzen Zahlen.

2. **Die Gründe für dieses Ungleichgewicht bei der Bundespartei:** Wir haben ein Einnahmeproblem und kein Ausgabeproblem.

Die Spendeneinnahmen der Bundespartei sind in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen. (Wahljahr 1976 13 Mio. DM, 1977 ca. 12 Mio. DM, 1980 11 Mio. DM, 1987 dann nur noch 3,7 Mio. DM, 1988 rund 2,5 Mio. DM)

Rückläufig sind auch die Beitragseinnahmen der Bundespartei.

Starker Einbruch auch bei den Einnahmen aus öffentlichen Mitteln: 1989 wegen des relativ schlechten Europawahlergebnisses 17 Mio. DM weniger, als ursprünglich geplant.

3. **Die Bundespartei hat alles und jedes finanzieren müssen.** 1980 bis 1988 Unterstützung von Landtagswahlen 15,6 Mio. DM.

Zuschüsse, Modellversuche und EDV-Maßnahmen noch einmal 16,5 Mio. DM; 1980 bis 1988 flossen den nachgeordneten Verbänden von seiten des Bundesverbandes insgesamt 52,9 Mio. DM zu.

Vereinigungszuschüsse hoch: 1971 noch für alle Vereinigungen ca. 1 Mio. DM, 1987 schon ca. 6 Mio. DM, inzwischen niedriger.

Von 1980 bis 1988 zahlte die Bundespartei an die Vereinigungen insgesamt Zuschüsse von 42,7 Mio. DM.

4. **Falsche Behauptungen**

Die Bundesgeschäftsstelle habe Geld verschwendet.

Die Haushalte der Bundesgeschäftsstelle sind in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. 1985 noch 48 Mio. DM, 1988 nur noch 42 Mio. DM, und 1989 werden dies nur rund 41 Mio. DM sein. 1990 nur noch 39 Mio. DM und 1991 und Folgejahre jeweils 36 Mio. DM.

Die Bundespartei habe zuviel Personal.

Vergleich: 1976 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bereinigt um EDV-Personal 1976 — 238; 1982 nur noch 209. Stellen-

plan laufendes Jahr ebenfalls nur 209 Stellen. Tatsächlich angestellt zur Zeit nur 197.

5. Fehler der Vergangenheit

● Leistungen der Bundespartei für die nachgeordneten Verbände, obwohl entsprechende Abmachungen bestanden, werden nicht erstattet. Dies gilt für EDV-Leistungen wie für Hilfestellungen bei Wahlkämpfen.

● Wir haben zu viele, zu große und zu teure Veranstaltungen gemacht, auf denen wir aus 100%igen 150%ige CDU-Anhänger gemacht haben.

● Bei einigen Veranstaltungen haben wir „Subventionen“ für den Transport der Teilnehmer gezahlt.

6. Bundespartei geht mit gutem Beispiel voran

● 37. Parteitag ist billiger als die zurückliegenden.

● Personalabbau in der Bundesgeschäftsstelle: Ende 1990 nur noch rund 157 Personen. Das wird auch Leistungsabbau nach sich ziehen.

● Im Haushalt 1989 Sachkosten und Zuschüsse um 1 Mio. DM abgesenkt.

7. Voraussetzungen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts bei der Bundespartei

Bundevorstand hat ein Ziel fest vereinbart: Deutlicher Schuldenabbau bis Ende 1994.

Eine solche Schuldenverminderung möglich, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden:

- (1.) CDU-Ergebnis bei BTW 1990 so wie 1987 (34,5 Prozent).
- (2.) Europawahlergebnis 1994 muß dem von 1989 entsprechen (29,5 Prozent).
- (3.) Mitgliederzahl bei mindestens 668.000.

(4.) Die Finanzierung aus staatlichen Mitteln stabil.

(5.) 1989 bis 1994 insgesamt 33 Mio. Spenden.

(6.) Haushalte der Bundesgeschäftsstelle (inkl. Vereinigungs-Unterstützung) 1990 bei 39 Mio. DM und in den Folgejahren bei nur 36 Mio. DM.

(7.) Bundestagswahlkampf 1990 (heiße Phase) nur 42 Mio. DM,

(8.) für die Wahlkämpfe 1994 (Bundestagswahl und Europawahl) nur 50 Mio. DM.

Und nun kommt die wichtigste Bedingung:

(9.) Die Mitgliedsbeiträge müssen spätestens ab 1. 1. 1991 auf 2,— DM pro Mitglied und Monat angehoben werden.

Hilfe für Polen

Zu einer spürbaren Verringerung des Portos für Hilfspakete nach Polen haben die Delegierten des Bundesparteitags die Bundesregierung aufgefordert. Der Beschluß lautet:

Hiermit fordert der Bundesparteitag der CDU die Bundesregierung auf zu veranlassen, daß das — viele abschreckende, zu hohe — Porto für Hilfspakete nach Polen spürbar verringert wird.

So wird einerseits die engagierte und vielfältige private Hilfsbereitschaft unterstützt und gefördert und andererseits die Forderung unseres Bundeskanzlers auch auf diesem Gebiet in die Praxis umgesetzt „Die Polen brauchen jetzt nicht gute Worte, sondern schlicht handfeste Unterstützung.“

CDU Saar wählt Klaus Töpfer zu ihrem Spitzenkandidaten

Der Spitzenkandidat der CDU Saar für die Landtagswahl am 28. Januar des kommenden Jahres heißt Klaus Töpfer. Fast einstimmig, mit 397 von 403 Stimmen, wählten die Delegierten der Landesvertreterversammlung den Bundesumweltminister zum Lafontaine-Herausforderer, nachdem zuvor der Landesparteitag ein ebenso eindrucksvolles Votum abgegeben hatte.

Gemeinsam mit Landesparteichef Peter Jacoby, der mit einem ebenfalls hervorragenden Ergebnis in seinem Amt bestätigt wurde, kann Töpfer auf die breite Basis der Partei bauen. Mit ihrem deutlichen Votum folgte sie auch den personellen Erneuerungen, die der 38jährige Landesvorsitzende im Vorfeld des Parteitages vollzogen hatte. Gemäß seinem Anspruch „Kontinuität und Erneuerung“ wird die Landtagsfraktion in der kommenden Legislaturperiode rund zur Hälfte mit neuen Leuten besetzt sein, wobei jedoch auf die Mitarbeit der gestandenen Streiter in der Partei nicht verzichtet werden soll, so der Wille Jacobys.

Die Aufbruchstimmung, die derzeit in der CDU Saar herrscht, war, darin waren sich nicht nur die Delegierten einig, auf dem Landesparteitag deutlich zu spüren. Die CDU Saar will ihre Chance nutzen und die absolute Mehrheit der SPD an der Saar brechen.

Peter Jacoby hat es so formuliert: „Bundesweit mag Lafontaine vielleicht als ein Mann starker Sprüche gelten. Dies kann aber für uns kein Maßstab sein. Denn wir brauchen hier an der Saar keinen Mann der starken Worte, sondern der starken Taten. Und starke Taten zum Nutzen die-

ses Landes hat der Ministerpräsident in den vergangenen Jahren nicht vollbracht.“ Klaus Töpfer brachte den Anspruch der CDU Saar, die SPD in der Regierungsverantwortung abzulösen, auf die Kurzformel: „Wir brauchen eine neue Landesregierung unter Führung der CDU.“

Angriffsfläche bietet Lafontaine dabei genug. So beanspruche dieser etwa, die Probleme der gesamten Bundesrepublik zu lösen, versage jedoch im eigenen Land. Weder seien die wirtschaftlichen Strukturprobleme des Saarlandes gelöst, noch seien trotz bundesweit anhaltend

Parteitag des Aufbruchs

guter Konjunktur nennenswerte Arbeitsplätze geschaffen worden, so Peter Jacoby. Klaus Töpfer fragte nach dem ökologischen Umbau der Wirtschaft im Land, den sich die SPD zwar auf die Fahnen geschrieben, aber nicht durchgeführt habe. Vielmehr sei es weiterhin so, daß die Landesregierung Hunderttausende von Tonnen Müll nach Frankreich exportiere, gleichzeitig aber das mangelnde Gefühl des Nachbarlandes für den Umweltschutz kritisiere.

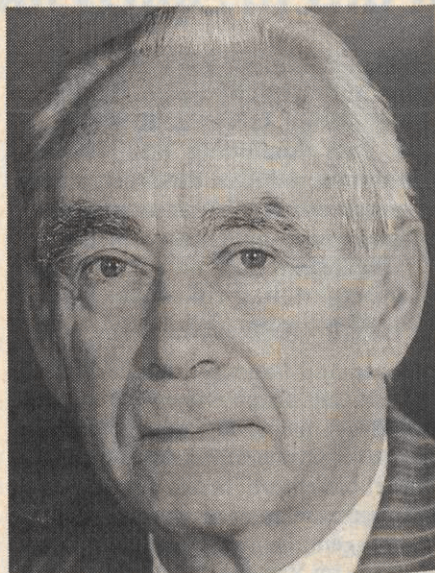
Weiterer Punkt: die Vorbereitung des Saarlandes auf den europäischen Binnenmarkt. Hier sei vieles versäumt worden. Für die CDU Saar heiße dies deshalb unter anderem, das Saarland wetterfest zu machen für diesen gemeinsamen europäischen Markt, neue Arbeitsplätze etwa in der mittelständischen Industrie, im Dienstleistungsbereich, in der Forschung zu schaffen, die Energiepolitik gemein-

Trauer um Bruno Heck

Die CDU Deutschlands verliert mit Bruno Heck eine ihrer großen Persönlichkeiten. Als Bundesgeschäftsführer, als Generalsekretär unserer Partei und als Bundesminister war Bruno Heck einer der engsten Mitarbeiter Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und Kurt Georg Kiesingers. Als Bundesminister setzte er sich mit besonderem Engagement für die Stärkung der Familie ein.

Bruno Heck kam aus der Kriegsgeneration. Er war nicht zuletzt aufgrund der leidvollen Erfahrungen in der Zeit des Krieges und des nationalsozialistischen Unrechtsregimes ein überzeugter Vorkämpfer der freiheitlichen Demokratie. Als gläubiger Christ sah er sich in der Pflicht, seinen Beitrag für eine menschenwürdige und gerechte Ordnung zu leisten.

Sein Mut und seine Standfestigkeit, seine Prinzipientreue und seine umfassende Bildung haben seine politische Arbeit, auch sein langjähriges Wirken als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung entscheidend geprägt.



Helmut Kohl: Die CDU Deutschlands dankt Bruno Heck für seinen Dienst am Vaterland. Die Bundesrepublik Deutschland verliert mit ihm eine bedeutende Persönlichkeit. Ich selbst verliere einen treuen Freund.

sam zu gestalten unter Einbindung der heimischen Steinkohle.

Mit einem guten Sachprogramm in Verbindung mit der personellen Erneuerung der Partei, die sich gerade auch in der Spitzenkandidatur von Klaus Töpfer dokumentiert, hat die CDU Saar eine gute Chance, wieder in der Verantwortung stehende Kraft im Saarland zu werden.

Daß Wahlen auch gegen den Trend gewonnen werden können, hat nach Aussage von Peter Jacoby bereits die Kom-

munalwahl gezeigt: „Dort, wo wir uns als CDU vor Ort stark und überzeugend präsentiert haben — dort werden auch Wahlen gewonnen, selbst gegen den Trend.“

Die CDU Saar kann sich in ihrem Wahlkampf der Unterstützung durch Bonn sicher sein. Denn der CDU-Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, der Klaus Töpfer als einen „kenntnis- und finthenreichen Mann“ charakterisierte, hat den Delegierten unter großem Beifall zugesichert: „Die ganze Partei wird mit Ihnen kämpfen um den Sieg an der Saar.“

Landsleute aus der DDR: Herzlich willkommen

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands heißt unsere Landsleute aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland herzlich willkommen!

Wir begrüßen die Tausenden von Menschen, die in diesen Tagen der DDR den Rücken kehren. Sie verlassen ihre Heimat, weil die DDR-Führung sie ihnen systematisch zur Fremde gemacht hat. Sie lassen dabei ihre Freunde zurück, manchmal sogar ihre Familien. Sie wollen nur noch eines: weg aus der DDR. Ihr Ziel ist die Freiheit.

Helpen Sie mit!

Die CDU appelliert an alle Bürger, an alle gesellschaftlichen Gruppen, Verbände und Vereine, Patenschaften zu übernehmen, Sachspenden zu organisieren, Wohnungen und Arbeitsplätze anzu-

bieten und zu vermitteln. Helfen Sie mit, daß unsere neuen Mitbürger neue Freunde finden und sich willkommen fühlen.

Bitte wenden Sie sich an Ihre örtliche CDU. Wir wollen gemeinsam zu einer raschen Eingliederung unserer Landsleute in unsere Gesellschaft beitragen.

Wir fordern:

Freiheit in der DDR

Die CDU fordert die DDR-Führung auf, ihren bisherigen Kurs zu ändern. Der Wunsch der Menschen nach Freiheit läßt sich auf Dauer nicht unterdrücken. Nur wenn die DDR-Führung Freiheit zuläßt, Selbstbestimmung gewährt und die Menschenrechte achtet, schafft sie Lebensverhältnisse, die die Menschen nicht mehr zwingen, ihre Heimat zu verlassen.

CDU – Partei der Freiheit und der Deutschen Einheit.

CDU

Die Zukunft

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

■ CDU-DOKUMENTATION

Unsere Verantwortung für die Schöpfung

- Einführungsrede von Bundesumweltminister Klaus Töpfer
- Beschluß zur Umwelt- und Energiepolitik im Wortlaut

37. Bundesparteitag der CDU in Bremen

● Bestell-Nr.: 5191
Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 25,00 DM

Die wichtigen Beschlüsse des Bundesparteitags zur Umwelt- und Energiepolitik sowie zur Ausländer- und Asylpolitik können ab sofort auch in unserem **IS-Versandzentrum**, 4804 Vermold, Postfach 13 28, bezogen werden (Preise zuzügl. MwSt. inkl. Versand).

■ CDU-DOKUMENTATION

Wir wollen ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern

- Einführungsrede von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble
- Beschluß zur Ausländer- und Asylpolitik im Wortlaut

37. Bundesparteitag der CDU in Bremen

● Bestell-Nr.: 5192
Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 10,00 DM

UID

29/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.